

Kontrollen in Innsbruck: Finanzpolizei deckt 10.000 Euro Strafen auf

Finanzpolizei, Zoll und Polizei kontrollierten am 10. Dezember 2024 in Innsbruck Paketzusteller auf Verstöße.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 10.

Dezember 2024 fand im Großraum Innsbruck eine großangelegte Kontrolle von Paketzustellern statt, die von der Finanzpolizei und dem Zollamt Österreich in Zusammenarbeit mit der Landesverkehrsabteilung der Landespolizeidirektion Tirol durchgeführt wurde. Während dieser Aktion wurden insgesamt 47 Betriebe und 60 Mitarbeiter unter die Lupe genommen. Dabei stießen die Finanzpolizisten auf erhebliche Verstöße: Drei Beschäftigte arbeiteten illegal ohne Bewilligung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz, und weitere drei waren nicht einmal sozialversichert. Diese Übertretungen wurden den Behörden gemeldet. Überdies wurden verwertbare Steuerrückstände von mehr als 460.000 Euro festgestellt, die nun durch Pfändungen bei den Auftraggebern eingetrieben werden, wie **das Bundesministerium für Finanzen** berichtet.

Strenge Kontrollen und Sofortmaßnahmen

Die Finanzpolizei beantragte zudem Verwaltungsstrafen in Höhe von etwa 10.000 Euro wegen verschiedener Verstöße. Im Rahmen der Maßnahmen wurden auch Kontrollen bei 60 Kleintransportern durchgeführt. Hierbei wurden 84 Anzeigen erstattet; zwei Fahrer müssen sich wegen des Verdachts auf Drogenbeeinträchtigung verantworten und erhielten eine vorläufige Entziehung des Führerscheins. Eine technische Überprüfung wurde bei sieben Fahrzeugen beantragt. Das

Ergebnis der Alkoholkontrollen fiel positiv aus: von 62 durchgeführten Tests waren alle negativ.

Finanzminister Gunter Mayr äußerte sich zur Wichtigkeit dieser Kontrollen in der stressigen Weihnachtszeit und betonte, dass dabei die Rechte der Arbeitnehmer und die Verkehrssicherheit gewahrt bleiben müssen. Die Finanzpolizei, die im Auftrag des Amtes für Betrugsbekämpfung arbeitet, hat die Aufgabe, durch zielgerichtete Kontrollen Steuerbetrug und Schwarzarbeit zu bekämpfen, um die finanziellen Interessen der Republik Österreich zu schützen, was insbesondere in Zeiten erhöhter wirtschaftlicher Aktivität von Bedeutung ist, wie auch die **Österreichische Presseagentur** berichtete.

Details	
Vorfall	Betrug, Drogenkriminalität
Ursache	Illegale Beschäftigung, Steuerhinterziehung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Festnahmen	3
Schaden in €	470000
Quellen	• www.ots.at • www.bmf.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at